

Auseinandersetzung zwischen saarländischen Gewerkschaften und französischer Régie hinsichtlich der Gedingekontrolle, der Personalpolitik und der Lohnangleichung an Lothringen waren wie die Tarifvertragsfrage zunächst einmal Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite. Die Ursachen dieser Konflikte lagen aber tiefer. Letztlich waren es unterschiedliche Mentalitäten und Traditionen bzw. eine unterschiedliche Sozialstruktur. Hier seien beispielsweise Unterschiede in der Ausübung unternehmerischer Herrschaft in Deutschland und Frankreich genannt oder Gegensätze im Tarifvertragssystem beider Länder. Soziale Konflikte, eigentlich bedingt durch soziostrukturelle Divergenzen, wurden dazu massiv national überformt, da saarländische Gewerkschaftler französischen Verhandlungspartnern gegenüberstanden.

1. Verpachtungskontroverse als erster großer Politisierungsschub

Die Verpachtung der Saargruben wirkte als erster großer nationaler Emotionalisierungsschub in den Gewerkschaften. Noch bevor der Öffentlichkeit offiziell die Verpachtung der Saargruben an Frankreich bekannt wurde, und dies erstmals am 25. Mai 1949 in der Presse angedeutet wurde², stellte Karl Hillenbrand am 1. Mai 1949 im Saarbrücker Johannishof auf einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften die Frage des Besitzes der Gruben in den Mittelpunkt seiner Rede.³ Die mögliche Verpachtung stilisierte er zur Glaubensfrage. Der Besitz der Saargruben sei ein "heiliges Recht" - eine propagandistisch auf die Sozialstruktur des Saarlandes abgestimmte, geschickte Sakralisierung der politischen Terminologie, die den Anspruch des Saarlandes auf die Gruben als rechtmäßig herausstellen wollte.

Aloys Schmitt war es mit seiner Parole "Die Saargruben dem Saarvolk" bereits auf der ersten Generalversammlung des I.V. Bergbau am 22. und 23. April 1948 gelungen, die Grubenfrage auf eine einprägsame Formel zu verkürzen.⁴ Die Verpachtungsfrage löste so einen ersten Nationalisierungs- und Politisierungsschub aus.⁵ Während in weiten Teilen der Arbeiterschaft nach 1945 eher politische Agonie und die Bewältigung der Alltagsprobleme dominierten, führte das Thema Verpachtung der Saargruben zu reich besuchten Versammlungen des I.V. Bergbau. Schmitt stilisierte die Verpachtungsfrage zum Politikum hoch, indem er, damals Erster Vorsitzender des I.V. Bergbau, die Verpachtung als unvereinbar mit einem autonomen Saarstaat bezeichnete.⁶ Damit war das Tor zur Opposition der Gewerkschaften aufgestoßen.

² Robert H. Schmidt, Saarpolitik 1945-1957, Bd. 2, Berlin 1960, S.256.

³ Ministère des Affaires Etrangères (MAE) Paris, EU-Europe, Sous S.Sarre, Doss.47, Bl.257, Revue de Presse.

⁴ Ebd., Doss.52, Bl.202-204; Doss.59, Bl.91, 102, Revue de Presse.

⁵ Z.B. die Revierkonferenz in Sulzbach am 13.11.49 in Sulzbach. Auch: Schmidt, Saarpolitik, Bd.2, S.256.

⁶ Referat von Aloys Schmitt auf der Revierkonferenz des I.V. Bergbau am 13.11.49. Siehe dazu : Ebd., S.257.